

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 158. Ratssitzung vom 19. Dezember 2012

3446. 2010/102

Postulat von Ueli Brassler (SD), vertreten durch Christoph Spiess (SD) und Christian Wenger (SD) vom 10.02.2010:

Beschränkung der Einbürgerungen auf sprachlich und kulturell voll assimilierte Ausländerinnen und Ausländer

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Christoph Spiess (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5575/2010): Die Listen der Einbürgerungen in Zürich werden immer länger. Die Behörden lehnen selten ein Bürgerrechtsgesuch ab. Die Anforderungen sind minimal. Auf Assimilation wird kaum geachtet. Auch Personen mit minimalen Deutschkenntnissen werden eingebürgert und auch solche, deren Integration darin besteht, dass sie Teil einer fremdkulturellen Parallelgesellschaft sind. Viele Personen versprechen sich durch die Einbürgerung Vorteile in der Arbeitswelt oder beim Reisen ins Ausland und sind nicht ideell mit unserem Land verbunden. Mit der grossen Zahl von Einbürgerungen wird auch die Ausländerstatistik geschönt: Die Eingebürgerten geben Platz frei für neue Einwanderer. Einbürgerungsländer wie Kanada und Neuseeland sind längst zu einer strengeren Praxis übergegangen. Die Leute werden sehr selektiv ausgewählt und müssen die Landessprache zum Beispiel schon vor der Einreise sprechen können. Auch europäische Länder wie Dänemark wurden sehr viel strenger. Nur bei uns wurde man liberaler. Das muss enden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Wir halten uns bei den Einbürgerungen an die gesetzlichen Vorschriften. Die Städtzürcher Normen sind vergleichsweise streng. Die Wohnsitzfrist von sechs Jahren beispielsweise ist meines Erachtens schon fast zu lang. Zudem müssen die wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit, ein unbescholtener Ruf und angemessene Deutschkenntnisse gegeben sein. Der Begriff Assimilation meint vollständige Angleichung und passt nicht zu den heutigen Anstrengungen. Wir sprechen heute von Einfügen, von Integration. Integration ist der richtige Ansatz, damit das Zusammenleben gut und friedlich gestaltet werden kann. Mit der Umsetzung des Postulats müssten Gesetz und Verfassung gebrochen werden.*

2 / 2

Weitere Wortmeldungen:

Ruth Anhorn (SVP): Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich mit den Postulanten einig. Als wir früher die Einbürgerungen im Rat behandelten, konnten sich in vielen Familien oft nur einzelne erwachsene Personen einigermaßen verständlich ausdrücken. Die Sprache ist aber das A und O, um sich in einem fremden Land bei der Arbeit, in der Schule und in der Bevölkerung zurechtzufinden. Die SVP schlägt deshalb vor, den Text in folgende Version abzuändern: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zahl der Einbürgerungen deutlich reduziert und die Erteilung der Staatsbürgerschaft auf sprachlich und kulturell gut integrierte Ausländerinnen und Ausländer beschränkt werden kann, die sich auch innerlich mit der Schweiz identifizieren und als EidgenossInnen fühlen.» Mit dieser Textänderung würden wir das Postulat unterstützen, andernfalls lehnen wir es ab.

Christoph Spiess (SD): Wir akzeptieren den Textänderungsantrag. Integration ist ein schwammiger Begriff. Doch wenn es «sprachlich und kulturell gut integriert» heisst, können wir das akzeptieren. Eine Bemerkung zum Votum von Stadtpräsidentin Corine Mauch: Es gibt keine klaren Kriterien. Gerade die sprachliche und kulturelle Integration ist nicht leicht messbar. Zudem sollte ein politischer Entscheid in diesem Bereich nicht gerichtlich anfechtbar sein. Die Stadtpräsidentin ist der Meinung, dass eine Wohnsitzfrist von sechs Jahren streng sei. Damit bin ich nicht einverstanden. Der durchschnittliche Zuwanderer schafft es vermutlich nicht, sich innerhalb von sechs Jahren sprachlich und kulturell genügend zu integrieren.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Zahl der Einbürgerungen deutlich reduziert und die Erteilung der Staatsbürgerschaft auf sprachlich und kulturell gut integrierte ~~voll-assimilierte~~-Ausländerinnen und Ausländer beschränkt werden kann, die sich auch innerlich mit der Schweiz identifizieren und als EidgenossInnen fühlen.

Das geänderte Postulat wird mit 24 gegen 93 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat